

Inhalt

Inhalt.....	1
1) MEDIENGRUPPE FRANKFURT: BESCHÄFTIGTE DISKUTIEREN FOLGEN DES VERKAUFS AN DIE IPPEN-GRUPPE.....	1
2) TAGESZEITUNGSJOURNALISTINNEN STREIKEN FÜR MEHR GELD	2
3) HESSISCHES BÜNDNIS FORDERT PRESSE-UND MEINUNGSFREIHEIT IN DER TÜRKEI	2
4) BÜNDNIS TRANSPARENTES HESSEN KRITISIERT GESETZENTWURF ZU INFORMATIONSFREIHEIT	3
5) G20-AKKREDITIERUNG: NICHT ENDENDER SKANDAL	4
6) STELLENAUSSCHREIBUNG: VER.DI SUCHT SOCIA MEDIA MANAGER/IN.....	4
7) PRESSERAT: ZAHL DER BESCHWERDEN GESUNKEN	4
8) OTTO-BRENNER-PREIS 2018.....	4
9) IMPRESSUM.....	5

1) MEDIENGRUPPE FRANKFURT: BESCHÄFTIGTE DISKUTIEREN FOLGEN DES VERKAUFS AN DIE IPPEN-GRUPPE

Der Verkauf der Frankfurter Societäts-Druckerei, der Frankfurter Neuen Presse, der Frankfurter Rundschau und weiterer Betriebe durch die FAZ bzw. die FAZIT-Stiftung an die Firma ZHH aus der Ippen-Gruppe hat für erhebliche Unruhe in den betroffenen Belegschaften geführt. Auf einer von ver.di organisierten Versammlung haben sich am 10. März die Beschäftigten aus den betroffenen Betrieben über die möglichen Folgen für Arbeitsplätze und tarifliche Regelungen informiert. In einer zum Abschluss der Veranstaltung verabschiedeten Erklärung legen sie ihre Forderungen und Erwartungen an die neuen Eigentümer dar.

<https://medien-kunst-industrie-hessen.verdi.de/branchen-und-betriebe/vdp/++co++dbee83c4-246b-11e8-b8ef-525400f67940>

Erweiterung der Chefredaktion der Frankfurter Neuen Presse:

Die Chefredaktion der Frankfurter Neuen Presse wird um den neuen Miteigentümer Max Rempel erweitert. Einer Mitteilung der Geschäftsführung zufolge tritt er seine neue Aufgabe am 1. April an und verstärkt damit die Chefredaktion, die bisher allein von Chefredakteur Joachim Braun geführt wird. Rempel ist seit 2011 Geschäftsführer und seit 2013 Chefredakteur des Mittelhessischen Druck- und Verlagshauses, zu dem die Gießener Allgemeine, die Alsfelder Allgemeine und die Wetterauer Zeitung gehören.

2) TAGESZEITUNGSJOURNALISTINNEN STREIKEN FÜR MEHR GELD

Das war an Deutlichkeit nicht zu überbieten: Direkt neben dem Verhandlungslokal für die dritte Runde der rund 13.000 fest angestellten und freien Tageszeitungsjournalistinnen und –journalisten am 12.März reklamierten streikende Tageszeitungsredaktionen aus ganz Baden-Württemberg, Hessen und Bayern, dass die anreisenden Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Tageszeitungsverleger (BDZV) die Forderungen der dju in ver.di ernst nehmen und ein entsprechendes Angebot machen. Die dju in ver.di fordert 4,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 200 Euro monatlich mehr, für Volontärinnen und Volontäre und die Jungen in den Redaktionen.

<https://dju.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++e1ca92e6-26ec-11e8-99ea-525400f67940>

Aus Hessen beteiligten sich die Kolleginnen und Kollegen der Frankfurter Neuen Presse am Warnstreik.

<https://medien-kunst-industrie-hessen.verdi.de/branchen-und-betriebe/medien/++co++8dbfdfec-269e-11e8-a85d-525400f67940>

Die vierte Verhandlungsrunde findet am 9.April in Frankfurt statt. Die dju startet eine Umfrage, um sich ein Stimmungsbild einzuholen:

<https://dju.verdi.de/rein/umfrage>

3) HESSISCHES BÜNDNIS FORDERT PRESSE-UND MEINUNGSFREIHEIT IN DER TÜRKEI

Deniz Yücel ist frei. Doch nach wie vor sitzen in der Türkei viele Journalistinnen und Journalisten im Gefängnis. Sie wurden ihrer Freiheit beraubt und sie können ihren Beruf nicht mehr ausüben. Am Tag von Deniz Yücel's Freilassung wurden sechs Journalisten zu lebenslanger Haft verurteilt.

In Hessen hatte sich bereits im vergangenen Jahr ein Bündnis für die Freilassung inhaftierter Journalistinnen und Journalisten in der Türkei formiert. Dieses setzt nicht nur für die Freilassung der inhaftierten Kolleginnen und Kollegen ein, sondern fordert darüber hinaus Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei.

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) Hessen und der Bund Türkischer Journalisten in Europa (ATGB) konnten zahlreiche Organisationen gewinnen, daran mitzuwirken. Das Bündnis fordert eine deutsche und europäische Türkei politik, die die Forderung nach Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei in den Mittelpunkt stellt.

Die Bündnispartner wollen sich nun dafür einsetzen, dass die Freilassung Deniz Yücel kein Einzelfall bleibt. Auch die hessische Politik ist aufgefordert genau hinzuschauen und aktiv zu werden, wenn z.B. in der türkischen Partnerregion Bursa Verstöße gegen die Presse- und Meinungsfreiheit bekannt werden.

<https://medien-kunst-industrie-hessen.verdi.de/branchen-und-betriebe/medien/++co++c94dd918-290c-11e8-b59a-525400940f89>

Am Mittwoch, den 18. April lädt die GEW Kassel zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Haltung zeigen“ ein. U.a. wird doch der dju-Landesvorsitzende Joachim Legatis über die Verfolgung von Journalistinnen und Journalisten in der Türkei sprechen:

http://www.gew-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/bezirksverband/news_material/2018_03_23_Tuerkei_Veranstaltung/2018_03_23_Platat_TuerkeiVeranstaltung_am_2018-04-18.pdf

4) BÜNDNIS TRANSPARENTES HESSEN KRITISIERT GESETZENTWURF ZU INFORMATIONSFREIHEIT

Der Gesetzentwurf zu Datenschutz und Informationsfreiheit ist in der jetzigen Form völlig unzureichend. So lautet das Urteil des Bündnisses „Transparentes Hessen“, das sich für einen besseren Informationszugang von Bürgerinnen und Bürgern an Verwaltungsinformationen einsetzt. Der Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen sieht das im Koalitionsvertrag versprochene offene und transparente Verwaltungshandeln nicht erfüllt. Betroffen davon sind auch Journalistinnen und Journalisten.

Darüber hinaus fordert die dju Hessen einen kostenfreien Informationszugang. Jegliche Form der Gebührenerhebung stellt eine Hürde für den / die Antragsteller/in dar. Informationsfreiheit und Pressefreiheit gehören zusammen. Sie sind Teil der Daseinsvorsorge und wichtiger Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens.

Alle Informationen des Bündnisses, dem sich auch die dju Hessen angeschlossen hat:
<https://www.transparentes-hessen.de/aktuell/>

5) G20-AKKREDITIERUNG: NICHT ENDENDER SKANDAL

Die Bundesdatenschutzbeauftragte übt heftige Kritik an der polizeilichen Datenbank Inpol, die beim G20-Gipfel im Juli 2017 die Grundlage für den Entzug von 32 Presse-Akkreditierungen war. Danach ist die Qualität der Daten fragwürdig und ebenso die lange Zeit der Speicherung, mitunter bis zu zehn Jahren. Den Akkreditierungsentzug an sich stellt sie jedoch nicht in Frage.

Zum kompletten Artikel auf M online: <https://mmm.verdi.de/beruf/g20-akkreditierungen-nie-endender-skandal-48689>

6) STELLENAUSSCHREIBUNG: VER.DI SUCHT SOCIAL MEDIA MANAGER/IN

Im Bereich Kommunikationsmanagement der Bundesverwaltung sucht ver.di baldmöglichst Verstärkung für den Schwerpunkt Social Media- und Community-Management. Die zentrale Online- und Social Media-Kommunikation arbeitet an der Schnittstelle zwischen Zentralredaktion, Kampagnenmanagement sowie Mitgliedergewinnung und -bindung in Rückkoppelung mit den Gliederungen der Organisation.

Zur vollständigen Stellenausschreibung:

https://mmm.verdi.de/wp-content/uploads/2018/03/180307-ausschreibung_sm-in-mmm.pdf

7) PRESSERAT: ZAHL DER BESCHWERDEN GESUNKEN

1788 Leser/innen haben sich 2017 beim Deutschen Presserat über Veröffentlichungen in Printmedien oder ihren Online-Auftritten beschwert. Insgesamt sprach der Presserat 21 öffentliche Rügen, 58 Missbilligungen und 153 Hinweise aus, hieß es zur Jahresbilanz im ARD- Hauptstadtstudio. 2017 zudem ein wichtiges Thema: Die Diskussion über die Richtlinie gegen Diskriminierung, die überarbeitet wurde.

<https://mmm.verdi.de/beruf/presserat-zahl-der-beschwerden-sank-etwas-48865>

8) OTTO-BRENNER-PREIS 2018

Der Preis für kritischen Journalismus orientiert sich am politischen Vermächtnis Otto Brenners, der Zivilcourage zum Maßstab seines Handelns machte und dies auch von anderen einforderte. Der Bewerbungszeitraum für den Otto-Brenner-Preis 2018 beginnt am 1. April 2018 und endet am 30. Juni 2018.

<https://www.otto-brenner-preis.de/otto-brenner-preis/teilnahmebedingungen-otto-brenner-preise-2018.html>

9) IMPRESSUM

Der dju-Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Landesvorstand der hessischen dju in ver.di herausgegeben.

Aus ökonomischen Gründen verzichten wir auf gleichzeitige weibliche wie männliche Personenbezeichnungen. Stattdessen verwenden wir diese abwechselnd.

Namentlich oder mit Kürzel gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des dju-Landesvorstandes wieder.

Wir übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte von Seiten im Internet, die über einen von uns veröffentlichten Link erreicht werden.

Verantwortlich: Manfred Moos, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Landesbezirk Hessen, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Telefon 069/2569-1525, Fax -1599

Mail: dju.hessen@verdi.de